

ROTDORN



Linke Jugendzeitschrift aus Berlin & Brandenburg

DEUTSCHLANDS PLATZ AN DER SONNE



www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

Du hältst die erste Ausgabe des Rotdorn 2007 in der Hand, wie immer eng gedruckt und randvoll Informationen. Für ein ausführliches Vorwort fehlt (wie so oft) der Platz, somit beschränken wir uns an dieser Stelle auf ein paar Hinweise:

- Erstmals haben wir für Euch einen Wandkalender gestaltet, der auf die politischen Höhepunkte des Jahres 2007 aufmerksam macht.
- Nachdem der Schwerpunkt der letzten Ausgaben vor allem auf dem Sozialabbau und der Innenpolitik lag, widmen wir uns im aktuellen Rotdorn dem Ausland.
- Alle bisherigen Ausgaben sind auf unserer Homepage (www.rotdorn.org) nachlesbar sind. Ebenso stehen unsere Radiosendungen zum Download bereit.
- Um alle für 2007 geplanten Projekte (z. B. Sonderausgabe zum G8-Treffen) zu verwirklichen, können wir jede helfende Hand gebrauchen. Die Möglichkeiten uns zu unterstützen sind vielfältig – Meldet Euch bei uns: rotdorn@gmx.de.
- Besten Dank an Florian für seine Leserschrift (siehe Seite 5), die wir natürlich gern veröffentlichen.

Wir freuen uns über Eure Bemerkungen zu dieser Ausgabe und Anregungen für den nächsten Rotdorn. Dieser wird traditionell am 1. Mai erscheinen (Redaktionsschluss 1. April). Auf ein kämpferisches 2007!

Eure Rotdornredaktion

Inhalt

Leitartikel: Die Bundeswehr als globale Streitmacht.....	Seite 03
Das kurze Leben des José Antonio Gutierrez.....	Seite 05
Gedicht: »Für Dich, trauriger Mensch«.....	Seite 06
Interview mit dem Botschafter der Republik Kuba.....	Seite 07
Der amerikanische Sozialismus des 21. Jahrhunderts.....	Seite 09
Der Rotdorn-Jahreskalender.....	Seite 10
(K)alte Freunde: Zum Konflikt mit dem Iran.....	Seite 13
Polen: Die Zivilgesellschaft wacht auf.....	Seite 14
Paulus Kneipentest: diesmal das »Supamolli«.....	Seite 15
Interview: Christof Potthoff vom Gen-ethischen Netzwerk e. V. zu den Genmaisfeldern in Brandenburg.....	Seite 16
Berlin: Der neue Bahnpalast.....	Seite 18
Die Rotdornredaktion – Wer wir sind und was wir wollen....	Seite 19

Anzeige



Anzeige

Rosa Luxemburg hat in der Politik und im Privaten, in der Theorie und in der Praxis ein Niveau vorgelegt, das seitdem nur selten erreicht wurde. Denunziert und verleumdet, ist sie auch heute vielen nur als stumme Ikone erträglich – und nützlich. Damit bleibt diese kleine große Frau eine Herausforderung und mehr noch eine Ermutigung.

Die Idee, die heute immer wichtiger wird, ist ihr Verständnis von Bewegung. Mit dem Gedanken, Klasse als Bewegung und nicht als Status zu fassen, hat sie einen Schlüssel für künftigen Widerstand »hinterlegt«. Heute, da sich die herkömmlichen Klassenverhältnisse zersetzen und durch neue Frontstellungen abgelöst werden, erscheint der Gedanke der gemeinsamen Tat als Voraussetzung für Emanzipation in einem veränderten Licht.



Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit herausgegeben und eingeleitet von Jörn Schütrumpf
Karl Dietz Verlag Berlin
2006, 112 Seiten, 6,90 €
ISBN: 3-320-02077-3

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mitmachen!

Tritt ein für eine solidarische und gerechte Politik, für eine offene Universität ohne Studiengebühren, für Frieden in der Welt und für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland!
Wende dich an Die Linke.PDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, oder rufe unsere Hotline an: 030 / 24 00 95 55



DIE LINKE. PDS

Auslandseinsätze: Schlimmer geht's immer

Auf einmal wird klar, worum es eigentlich geht: »Wir trauern um die Bundeswehrsoldaten und anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren haben«, so Bundespräsident Horst Köhler am »Volkstrauertag« 2006. Der Sonntag vor dem Totensonntag dient seit 1919 als Tag des offiziellen und staatlichen Gedenkens für Kriegstote. Kriegstote – nicht »Einsatztote«. Und so folgt aus den Worten Horst Köhlers, was wir schon lange hätten wissen können: Die Bundeswehr steht nicht in »Einsätzen«, sondern im Krieg.



Das Wort Krieg fließt freilich auch anderen noch schwer in die Tastatur. So schrieb die Online-Ausgabe der ZEIT am 19. 11. 2006 davon es sei nun »erstmal gestorben Bundeswehrsoldaten gedacht« worden. Damit waren nicht diejenigen gemeint, die seit Gründung der Bundeswehr krankheits- oder altershalber verstorben sind, sondern 64 Soldaten, die bisher im Dienst in Auslandseinsätzen starben.

Wo Kriegstoter gedacht wird, ist Krieg. Ernsthaft dokumentiert haben das Soldaten der Bundeswehr, die sich im Jahr 2003 beim Spiel mit den Gebeinen Verstorbener fotografierten. Für sie anscheinend ein Riesenspaß. Als diese Bilder 2006, in die Öffentlichkeit gelangten, war die Aufregung groß. PolitikerInnen äußerten ihren Abscheu und versprachen die Bestrafung der Schuldigen. Experten für islamischen »Totenkult« wurden zitiert, als wäre in unserer Kultur die Totenruhe etwa nicht heilig. Das mediale Interesse legte sich erst,

als sich herausstellte, dass die Gebeine gar nicht auf einem offiziellen Friedhof aufgefunden worden waren. Das änderte anscheinend alles. Nur eines nicht: Die makabren Spiele dieser Männer im Ausland enthüllen etwas vom Wesen der Männerwelt Militär: In der Normalität eines militärischen Männerhaufens passiert alles mögliche, was ZivilistInnen als makaber empfinden. So ist auch eine Vielzahl von »Vorfällen« in Bundeswehrkasernen in Deutschland bekannt und dokumentiert.

Die Politik der Bundeswehreinsätze »out of area«, d. h. außerhalb NATO-Territoriums, hat eine rasante Entwicklung genommen. Seit Ende der 1980er Jahre stückweise eingeführt, haben die »Einsätze« heute Ausmaße angenommen, die denen anderer europäischer NATO-Armeen qualitativ in Nichts mehr nachstehen. Bedauerlicherweise wird mittlerweile der Kriegseinsatz deutscher Soldaten nur noch von der Linken grundsätzlich in Frage gestellt. Die politische Mitte und die Friedens-

parteien der 80er, SPD und Grüne, haben den weltweiten Einsatz deutscher Soldaten als Normalität deklariert.

Wenn sich derzeit Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsminister Jung medienwirksam sträuben, Bundeswehrsoldaten auch im Süden Afghanistans einzusetzen, ist das weder im ISAF-Mandat¹ begründet noch in den Bundestagsbeschlüssen zu dessen Umsetzung. Denn das ISAF-Mandat gilt bereits für das gesamte Territorium Afghanistans. Der 2005 modifizierte Bundestagsbeschluss, der kürzlich verlängert wurde, lässt eine Ausweitung des Einsatzes auf das ganze Land zu, mit der nur relativen und unscharf formulierten Beschränkung »für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen«. In allen Regionen Afghanistans hat die ISAF gleiche Aufgaben,

¹ International Security Assistance Force (ISAF) ist die »Internationale Sicherheitsunterstützungsgruppe«, die Besatzungsarmee, in Afghanistan.

Anzeige

Helle Panke

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24

fax: (030) 47 37 87 75

e-mail: info@helle-panke.de

web: www.helle-panke.de

Montag, 29. Januar 2007, 19 Uhr

Das Weißbuch – Kritische Analyse und linke Alternativen

Die Bundesregierung hat am 25. Oktober 2006 eine Neuauflage des Weißbuchs herausgegeben. »Das Weißbuch dient der Orientierung, macht Bundeswehr und Sicherheitspolitik transparent und ist Programm für die nächsten Jahre«, so der Bundesverteidigungsminister in seinem Vorwort.

Ziel der Neuauflage ist es, ein verändertes verteidigungs- und sicherheitspolitisches Verständnis vor dem Hintergrund neuer tatsächlicher oder konstruierter Gefahren zu etablieren. Die Linken stehen in der Verantwortung, dieser Entwicklung linke – friedenspolitische – Alternativen entgegenzusetzen.

Referent: Paul Schäfer, MdB

Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Triebel, AG Friedenspolitik Berlin

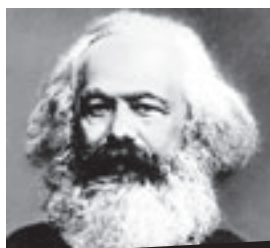
Eintritt: 1,50 Euro

Prüfbericht zu Hartz-Gesetzen erschienen

Ein Prüfbericht des Bundesarbeitsministeriums führt die »Reformen« auf dem Arbeitsmarkt, die unter dem Namen Hartz I-III bekannt geworden sind, endgültig ad absurdum. Wohlweislich wurde »Hartz IV« ausgeklammert. Die Vermittlung von Arbeit an die Arbeitssuchenden, das Hauptanliegen der »Reformen«, hat sich danach sogar verschlechtert. Die neu eingeführten sogenannten Personal Service Agenturen (PSA) benötigen nach der Studie des Ministeriums sogar einen Monat länger als die Vermittlung zuvor.

Über die mit dem sogenannten Hartz I-Gesetz eingeführten Agenturen sollen Arbeitslose befristet an Unternehmen verliehen werden, und anschließend dort »kleben bleiben«. Doch auf den Leim gehen nur die Arbeitssuchenden: Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit verlängert sich in einer solchen Zeitarbeitsagentur um fast einen Monat, lautete der Infarktbefund führender Forschungsinstitute bereits vor einem Jahr. Die monatlichen Mehrkosten von 5700 Euro je Teilnehmer subventionieren vor allem die Vermittlerbranche.

Kaum jemand kommt durch die Hartz-Gesetze in Lohn und Brot, also verteilt der SPD-Vorsitzende Kurt Beck väterliche Ratschläge an Arbeitssuchende.
(Titelbild der »jungen Welt«)



waschen und rasieren!

Dies ist der letzte Zusatz zu einer katastrophalen Bilanz der Hartz-Reform. Zunächst kostet die Reform den Steuerzahler bis heute mehrere Milliarden. Nur um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich können Reformen etwas kosten, z. B. sind hohe Investitionen in das Bildungssystem dringend erforderlich. Aber: Dann sollten die Betroffenen der Reformen auch wenigstens davon profitieren und Verbesserungen ihrer Situation spüren. Jedoch ist bei den Hartz-Gesetzen bekanntlich leider das Gegenteil der Fall. Eine Reform durchzusetzen, die das Steuersäckel massiv belastet und bei den Betroffenen unbeliebt ist, hat mit der Kunst des Regierens sicher nichts zu tun. Nun beseitigt die Bundesregierung selbst das letzte Argument für die Hartz-Reformen: Die Vermittlung der Arbeitssuchenden hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. ■ SK

die mit »alle(n) erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt«² durchzusetzen sind. Die Unterschiede dabei ergeben sich aus den unterschiedlichen Bedingungen in den Regionen. Dass im Norden derzeit weniger militärische Gewalt angewendet wird, liegt nicht an einem anderen oder besseren Konzept der Bundeswehr. Es liegt unter anderem daran, dass sich im Norden das Gebiet der Nordallianz befindet, der Verbündeten gegen die Taliban.

Das Sträuben von Frau Merkel und Herr Jung hat andere, nämlich innenpolitische Gründe. In der Nachfolge des früheren Kanzlers Schröder möchte man der Öffentlichkeit eine moderate Militärpolitik »mit Augenmaß« suggerieren. Die Bundeswehr soll als Helferin, Schützerin und federführend in der zivil-militärischen Zusammenarbeit präsentiert werden. Zugleich hält man die Öffentlichkeit (noch) nicht für reif genug, um größere Zahlen getöteter Bundeswehrsoldaten zu ertragen. Wenn die Bundeswehr stärker in Kampfhandlungen involviert wäre, würde die deutsche Öffentlichkeit zwangsläufig damit konfrontiert, dass auch Bundeswehrsoldaten verletzt und töten. Wie in allen modernen Kriegen, so werden auch in Afghanistan in erster Linie Zivilpersonen Opfer der Kriegsführung. Erinnerung sei an Hochzeitsgesellschaften, die von US-Soldaten beschossen wurden. Bundeswehrsoldaten in ähnlichen Kriegshandlungen – das könnte die innenpolitische Diskussion neu befeuern. Dann würden sich manche jetzt Gleichgültige erinnern, dass es außer Militäreinsätzen noch andere, und zwar geeignetere Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung gäbe.

Ein anderes Beispiel, wie sensibel die Unternehmungen von Bundesregie-



Gewehr bei Fuß: Strammstehen für deutsche Interessen weltweit

rung und Bundeswehr sind, war der Einsatz im Kongo. Monatelang wurde die Öffentlichkeit schonend darauf vorbereitet, dass Bundeswehrsoldaten womöglich mit Kindersoldaten in Kampfhandlungen verwickelt werden könnten. Dann wäre die Bundeswehr schlagartig von der kriegerischen Realität eingeholt worden. Das in einem Land, das weder die Bundesrepublik noch einen anderen Nato-Staat angegriffen hat. Und damit niemand auf den Gedanken kommt, grundgesetzliche oder völkerrechtliche Fragen zu stellen, wird tunlichst auch über

die Einsätze des Kommandos Spezialkräfte³ geschwiegen. Diese Geheimhaltungspolitik spricht der These von der »Parlamentsarmee« Bundeswehr Hohn. Erst als es im Fall des, wie inzwischen bekannt, grundlos unter Terrorverdacht verschleppten und auf Guantanamo festgehaltenen Murat Kurnaz zu öffentlichen Anschuldigungen kam, gelangten Einzelheiten des KSK-Einsatzes ans Tageslicht. Damit es bei diesen wenigen Einzelheiten und somit die Öffentlichkeit ausgeschlossen bleibt, wurde der Fall im Verteidigungsausschuss untersucht. Der Verteidigungsausschuss tagt im Unterschied zu anderen Ausschüssen des Bundestags grundsätzlich nicht öffentlich.

2006 wurden zahlreiche Einsätze neu beschlossen oder verlängert, zuletzt der ISAF-Einsatz in Afghanistan, zuvor der Eufor-Einsatz⁴ in der RD Congo und der UNMIS-Einsatz⁵ im Südsudan. Rund 10000 BundeswehrsoldatInnen sind gleichzeitig in zehn Einsätzen. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von UNIFIL vor der Küste Libanons schließlich bricht das letzte Tabu. Was man nie für möglich gehalten hatte, ist nun wahr: Deutsche Soldaten stehen potentiell israelischen gegenüber, ausgestattet mit einem Auftrag der UN und einem »robusten Mandat«. Nun darf überall geschossen werden. Es gibt keine Grenzen mehr. Und schlimmer geht's immer.

■ KAMPAGNE GEGEN WEHRPFLICHT, ZWANGSDIENSTE UND MILITÄR

✚ Rotdorn Radio Aktiv

Sendung vom 20. 11. 2006:

»Die Auslandseinsätze der Bundeswehr« zu finden unter: www.rotdorn.org

² Zitat aus dem Bundestagsbeschluss

³ Die Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind eine Eliteeinheit der Bundeswehr.

⁴ Die EUFOR (European Union Force) ist eine multinationale Militärstreitmacht der Europäischen Union.

⁵ Die United Nations Mission In Sudan (Abkürzung UNMIS) ist eine UN-Mission im afrikanischen Staat Sudan.

⁶ United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)

Das kurze Leben des José Antonio Gutierrez

José Antonio Guitierrez – die meisten mögen im »Medienstrudel« sein Bild schon einmal gesehen haben. Wenige Stunden nach Beginn des Irakkrieges ging sein Bild um die Welt, der erste gefallene US-Soldat.

Bereits sein Name lässt einen Emigrationshintergrund vermuten. Doch was sich genau hinter diesem Namen verbirgt, ist nicht nur die Geschichte eines Jungen, sondern all jener Menschen, die sich tagtäglich dem endlosen Strom der Emigranten anschließen, mit nichts anderem im Gepäck, als ihrer Arbeitskraft und der Bereitschaft, für eine kleine Chance auf Zukunft ihrer Heimat und Familie für immer den Rücken zu kehren und sich wie José Antonio auf eine bewegende, fast unglaubliche Odyssee zu begeben.

Die US-Armee besteht aus circa 32000 so genannten »Greencard-Soldiers«: Einwanderer, die in den Reihen der US-Armee für ein fremdes Vaterland kämpfen, um eine Beschleunigung des Einbürgerungsverfahrens zu bewirken. So wie für José An-



»The Last Kiss« – Wandbild in Los Angeles

tonio ist dies oft der einzige Weg für die Emigranten einer Ausweisung zu entkommen. Eigentlich beinhaltet dieses Verfahren ein Paradoxon: Auf der einen Seite versucht man ständig die Grenzen gegen Süden zu verstärken, auf der anderen Seite ist der amerikanische Staat auf die Emigranten angewiesen. Gezielt gehen die Rekrutierungstrupps in den Emigranten-Distrikten auf die »Jagd«.

Schaut man auf die Anfänge von José Antonios Leben, so sieht man seinen frühen, unbewussten Kontakt mit den USA. Er wuchs im guatemaltekischen Bürgerkrieg auf. Ungefähr 200000 Menschen kostete der Krieg das Leben, circa eine Million wurden zu Flüchtlingen. Wie die während der Clinton-Ära freigegebenen CIA-Akten belegen, waren die USA an diesem Bürgerkrieg, der 36 Jahre, bis 1996, dauern sollte, maßgeb-

lich beteiligt. Bekannt unter dem Namen »Operation PB-SUCCESS«, Teil der Truman-Doktrin, wurde dieser Krieg geführt, um einer vermuteten kommunistischen Bedrohung aus Zentralamerika vorzubeugen. Eine bekannte Praxis der USA. Das Land in dem José Antonio später als Held sterben sollte.

José Antonio war Waise, wie viele Kinder zu dieser Zeit. Er lebte auf der Straße, schnüffelte Kleber. Als er älter wird, schließt er sich dem endlosen Emigrantenstrom an. Er träumt davon Architekt zu werden. Mal ein eigenes Haus zu besitzen, aus dem ihn keiner rauswerfen kann. Ein Traum vieler Straßenkinder, so erzählt José Antonios ehemaliger Sozialarbeiter. Diesen Traum erhofft sich José Antonio in dem fremden Land, dessen Politik ihm das Leben in seiner Heimat perspektivlos gemacht hat, zu verwirklichen.

Der Weg ist beschwerlich. Er geht von Guatemala über Mexiko, schließlich in die USA. Wie José Antonio gibt es noch tausende andere Emigranten, die mit auf den Zügen sitzen, die Grenzflüsse durchqueren und vor dem Grenzwall zu den USA auf eine passende Gelegenheit für den Übergang warten.

Die einzigen Momente der Ruhe, des Luftholens auf dieser Reise, sind Stationen in den christlichen Herbergen. Dort ruhen sich die Emigranten aus, diskutieren über die besten Pfade, üben das Aufspringen auf Container (um später nicht bei den fahrenden Zügen unter die Räder zu gelangen) und beten zu ihren Schutzheiligen. Für die auf dem Weg Verunglückten, meist von den Zügen Gefallene oder von Guerilla oder Militär Misshandelte, ist eine kirchliche Krankenstation die letzte Zuflucht.

Zweimal wird er an der Grenze Mexikos zu den USA geschnappt, doch er ist geschickt genug, sich als Mexikaner auszugeben, um einer Ausweisung nach Guatemala zu entkommen. Der dritte Versuch glückt. Getrieben von der Illusion – dem amerikanischen Traum – kommt er in die USA. José Antonio hat diesen langen Weg überlebt.

Links: Das Arlington West Memorial in Santa Monica – hier wird für jeden gefallenen US-Soldaten ein Holzkreuz in den Sand gestellt. Rechts: José Antonio Gutierrez im Alter von acht Jahren



In den USA muss auch Antonio feststellen, dass seine Hoffnung, wie die unzähliger Emigranten, eine Illusion ist. Denn der Kampf ist hier nicht zu Ende, es beginnt ein neuer. Der Kampf ums Leben bzw. Überleben in einem Land, in dem Fremde nicht willkommen sind.

José macht sich zwei Jahre jünger als er ist, um als Minderjähriger vor der Ausweisung geschützt zu sein. Seine Pflegefamilie erzählt von seinem Stolz ein »Latino« zu sein. Er trägt gerne langes Haar, versucht nur mit Spanisch auszukommen. Hier kommt die Klassengesellschaft in den USA zum Vorschein. Als »Latino« steht er eine Stufe niedriger. Seine Identifikation als »Latino«, als ein kleiner Protest gegen eine fremde Kultur, die ihn nicht akzeptiert, so eine Vermutung.

José Antonio wird volljährig. Er muss sich für einen Weg entscheiden: Militär oder Ausweisung. Immer noch möchte er Architekt werden,

seiner Schwester in Guatemala ein Haus bauen. Er geht zu den »Marines«. Als Gegenleistung verspricht man ihm die gewünschte Ausbildung zum Architekten.

Seine Kameraden achten ihn sehr. Er ist sehr diszipliniert und hoch motiviert. Die zweite Reise, die er auf sich nehmen muss, um seinem Ziel, seinem Traum näher zu kommen. Es geht in den Irak. Dort endet seine Reise.

Neun von den zehn ersten im Irak-Krieg gefallenen US-Soldaten waren »Latinos«.

José Antonio Gutierrez Geschichte ist nicht die eines Abenteurers. Es ist die Geschichte vom Versuch zu überleben – auf beiden Seiten dieser Welt.

■ FLORIAN HOFFMANN

👉 Das kurze Leben des José Antonio Gutierrez
Der Artikel beruht auf den Recherchen des gleichnamigen Films. Informationen hierzu:
www.antonio-derfilm.de

Für Dich, trauriger Mensch

Dir fehlt das Glück, Dich selbst zu lieben
und doch wünsche ich Dir es,
ich bleib auf Walderde träumend und geborgen liegend,
der »Boden der Tatsachen« brachte mir nur Streß.

»Wo bist Du?« schrieb ich dir mit meinem Blut.
Wilde Schönheit würde sich erheben,
Waldgeschöpfe trösten mich an Feuerglut
und könnten trotz Einsamkeit auch Dir viel geben.

Mich holt das Wasser und die alte Trauerweide,
Halbmondlicht ruft mir »Gib niemals auf!«.
Wehmut kam, weil ich für Dich mitleide
und Menschen feiern hier nach einem alten Brauch.

Hand in Hand singen sie schwere Liebeslieder,
umhüllt vom Dunkel, Regen, Schnee und Licht,
lauschend setz ich mich am Stamm der Weide nieder,
hier würde ich gern fühlen, Dein einsames Gesicht.

Als ich Dich im tiefen Walde weinen sah,
hätte ich Deinen wunden Körper liebend gerne umschlossen,
meine stillen Blicke waren Dir ganz nah,
als Dich zärtlich Deine kleine Mücke hat gestochen.

Traurig scheint das Halbmondlicht auf mich,
und Du siehst kaum sein nächtlich Silberschimmer,
ferne Wälder rufen Dir »Wir lieben Dich!«.
Gründe zu Kampf und Hoffnung seh ich immer.

Gründe zu Kampf und Hoffnung seh ich immer.

RALF

Anzeige

Antifa-Wettbewerb 2007 – Reise nach Spanien

Anlässlich des 70. Jahrestages der Bildung der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg lautet die Ausschreibung unseres diesjährigen Antifa-Wettbewerbs „No pasaran!“ (zu Deutsch: „Sie werden nicht durchkommen!“).



Die Gewinner werden im April 2007 eine Studienreise nach Spanien und Frankreich antreten.

Wir suchen Deinen kreativen antifaschistischen Beitrag. Zeitzeugenfilme, Fotoausstellungen, Theaterstücke, Videoclips und Songs sind genauso erwünscht wie Berichte über laufende Antifa-Projekte oder noch umzusetzende Antifa-Konzepte. Detaillierte Infos gibt es unter www.civilcourage-vereint.de und in meinem Bundestagsbüro:

MdB Dr. Gesine Lötzsch (Die Linke.)

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227-71787

Fax: 030/227-76070

Email: gesine.loetzsch@bundestag.de

»Auf den Weg in eine nachhaltige und selbstständige Entwicklung.«

Kuba 48 Jahre nach dem Sieg der Revolution: Aller Schwierigkeiten zum Trotz geht das Land »im Hinterhof der USA« seine eigenen Wege. Der Rotdorn sprach mit S.E. Gerardo Peñalver, dem Botschafter der Republik Kuba in Deutschland.



In den neunziger Jahren herrschte in Kuba, auch wegen des Zusammenbruchs des Ostblocks eine schwere Wirtschaftskrise. Wie ist die Situation aktuell?

Kuba wird seit 1960 einer unmenschlichen wirtschaftlichen und finanziellen Blockadepolitik seitens der US-Regierung ausgesetzt, die ökonomische Konsequenzen in Höhe von über 86 Milliarden US-Dollar für das kubanische Volk hervorbringen. Die Blockadepolitik verletzt durch die Gesetze Torricelli und Helms Burton die Souveränität dritter Länder, die mit Kuba Handel betreiben möchten und verbietet den freien Handel Kubas mit dem Rest der Welt.* Diese Situation konnte bis 1990 durch die existierenden Beziehungen mit den sozialistischen Ländern Europas entgegen getreten werden.

Unser Bruttoinlandsprodukt zum Beispiel ist von 1990 bis 1994 um fast 35 Prozent gesunken. Fast 90 Prozent unseres Handelsaustausches hatten wir mit dem damaligen sozialistischen Lager und der Sowjetunion. Dadurch sind wir in eine sehr schwere Wirtschaftskrise geraten, weil fast alle unsere Außenhandelsbeziehungen von einem Tag zum ande-

ren wegbrachen. Wir haben einige Wirtschaftsreformen durchgeführt, wir haben unsere Wirtschaft umstrukturiert und neue Wirtschaftszweige entwickelt.

Heute, fünfzehn Jahre danach, kann man sagen, dass wir diese Strategie zu einem erfolgreichen Ende geführt haben. Die kubanische Wirtschaft entwickelt sich heute ständig in eine positive Zukunft, die auf solide Säulen gebaut ist. An erster Stelle steht der Tourismus, sozusagen als Lokomotive der Wirtschaft, mit einem Wachstum



»Wichtig ist, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes wirtschaftlich unabhängig sind.«

von 13 Prozent im letzten Jahr. Dann kommt die Nickelindustrie, die Biotechnologie, die pharmazeutische Industrie, Erdöl und Erdgasförderung, sowie die Dienstleistungen und die traditionellen Produkte, wie Zigarren, Zuckerrohr und andere Produkte der landwirtschaftlichen Produktion. Dies ist die Basis unserer Exportwirtschaft. Wichtig ist, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte

unseres Landes wirtschaftlich unabhängig sind. Vor der Revolution war unsere Wirtschaft an die US-amerikanische Wirtschaft angehängt, es war für uns nicht möglich einen unabhängigen Weg zu gehen. Danach waren wir vom Handel mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Lager abhängig. Aber jetzt ist zum ersten Mal die kubanische Wirtschaft auf dem Weg in eine nachhaltige und selbstständige Entwicklung.

Sind für die Menschen in Kuba noch Nachwirkungen der Wirtschaftskrise spürbar?

Ja natürlich! Diese schwierigen fünfzehn Jahre haben soziale Spuren hinterlassen. In den neunziger Jahren wurde kaum in Infrastruktur investiert und auch wenig im sozialen Bereich.

In den letzten zwei Jahren hat sich die Situation sehr stark verbessert. Die gute wirtschaftliche Lage hat es uns auch ermöglicht, die sozialen Leistungen zu erhöhen.

Zum Beispiel wurde der Mindestlohn verdoppelt, die Sozialhilfe ist verdreifacht worden, die Pensionen wurden verdoppelt. Es wurde in Bildung, Erziehung und im Gesundheitswesen investiert. Die Versorgungslage der Bevölkerung ist besser geworden. Im Energiesektor haben

wir in den letzten zwei Jahren sehr stark investiert. Wir haben es jetzt zum ersten Mal geschafft, die Stromausfälle abzuschaffen und damit dieses schwerwiegende Problem zu lösen. Das Angebot an Elektrizität hat sogar die Nachfrage übertroffen.

Wir arbeiten weiter sehr stark daran die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Die Wohnungssituation ist ein schwerwiegendes Problem für unsere Bevölkerung. In den nächsten zehn Jahren sollen 100 000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden. 2006 werden wir dieses Ziel übertreffen, wir werden ca. 110 000 Wohnungen bauen. Und das wird natürlich die Lebensqualität der Kubaner positiv beeinflussen.

In den letzten Jahren wurden Maßnahmen ergriffen um auch in der Altstadt von Havanna die Situation zu verbessern. Mit Unterstützung der Regierung und der Stadt ist die Sanierung der Altstadt fortgeführt worden.

Es ist allerdings nicht ausreichend, da wir nicht nur den Kern der Altstadt sanieren und retten müssen, sondern die gesamte Altstadt und auch die Stadt Havanna selbst. So haben wir die Absicht in diesem Jahr 380 000 Sanierungsmaßnahmen zu beenden. Ich bin mir sicher wir werden dieses Ziel auch erreichen.

* Helms-Burton-Act: Verbot der Einfuhr und des Handels mit kubanischen Waren oder Waren, die von oder durch Kuba transportiert wurden oder aus Produkten bestehen, die in Kuba wachsen, hergestellt oder verarbeitet wurden. Auch ausländische Investoren können nun verklagt werden, wenn sie Geld investieren, das in Kuba in Gegenstände oder Immobilien fließt, das während der Revolution enteignet wurde. Auch kann ihnen dann ein Einreise-Visum in die USA verweigert werden.



HOYO COLORAO Todo Se Sabe

»Die Reichen teilen den Planeten mit Kanonenschüssen, mit der weißen Übermacht an der Spitze des Gewehrs. Bastionen, Religionen und Propheten attackieren im Namen eines Friedens mit Maschinengewehren. Und sie filmen, was passiert. Sie bringen den Hass in die Ecken deines Hauses, sie machen eine Show aus dem Missbrauch und dem Abschlichten, sie messen das kriminelle Rating der Rache« (aus »di que no«)

HOYO COLORAO, das sind acht Kubaner tief in ihrer heimischen Trova-Musik verwurzelt. Was sie von Anfang an verband, war ihr Wunsch, musikalisch Stellung zu beziehen gegen soziales Elend und Krieg. Und mit dem bedrohlichen Nachbarn Bush Jr. vor der Haustür lagen und liegen die Themen nicht weit. So entstand aus karibischer Musiktradition und Elementen des Rap eine eigenständige Spielart, in der melodischer Gesang und rhythmischer Sprechgesang einander abwechseln. Als Bonus ist auf der CD das sehr sehenswerte Video zu »di que no« enthalten.

www.plaene-records.de

Vergleichen wir einmal die Situation in Lateinamerika mit der in Europa. Was ist Ihrer Meinung nach die Ursache dafür, dass hier in Europa der Widerstand gegen die neoliberalen Kräfte scheinbar weniger stark ist?

Ich würde nicht sagen, dass die Europäer nicht so fortschrittlich oder revolutionär wie die Lateinamerikaner sind, in Europa haben wichtige Revolutionen stattgefunden.

bruch des Ostblocks wesentlich stärker getroffen als die Linke in Lateinamerika.

Welche Position nimmt Kuba in internationalen Konflikten wie im Irak oder Afghanistan ein?

Als Präsident Bush nach dem 11. September verkündete, wer nicht mit uns ist, ist mit den Terroristen, hat Kuba sofort erklärt: Wir sind gegen den Terrorismus und gegen den Krieg. Und diese Posi-

tion. Wenn die CIA Fidel Castro vor 40 Jahren ermordet hätte, wäre das für die kubanische Revolution vor 40 Jahren eine Gefahr gewesen. Heute ist die Revolution nicht mehr abhängig von der Figur Fidels. Fidel war bereits in den vergangenen fünf Monaten abwesend von den Regierungsgeschäften. Die Amerikaner haben wohl eine etwas andere Reaktion der kubanischen Bevölkerung daraufhin erwartet, und sind

»Fidel wird zurückkommen, aber das ist nicht mehr die wichtigste Frage. Die Frage ist die Kontinuität der Revolution. Wenn die CIA Fidel Castro vor 40 Jahren ermordet hätte, wäre das für die kubanische Revolution vor 40 Jahren eine Gefahr gewesen. Heute ist die Revolution nicht mehr abhängig von der Figur Fidels.«



Jeder Kontinent und jede Region lebt seinen eigenen Aufbruch. In Europa herrschen andere Bedingungen als in Lateinamerika. Die Bevölkerungen Lateinamerikas waren müde von der Anwendung des Neoliberalismus. Der Neoliberalismus hat natürlich auch negative Konsequenzen für die entwickelten Länder, aber es ist nicht zu vergleichen mit der Anwendung des neoliberalen Modells in einem unterentwickelten Land. Dort hatte die neoliberale Doktrin wesentlich schlimmere Folgen. Auch wurde die Linke in Europa durch den Zusammen-

tion hat sich bis heute nicht geändert. Was die Amerikaner im Irak gemacht haben ist Völkermord. Krieg wird nie eine Lösung sein. Nicht für den Irak, auch nicht für Afghanistan und auch nicht für den Iran.

Der kubanische Staatschef Fidel Castro ist erkrankt. Ob er noch einmal die Regierungsgeschäfte aufnehmen kann ist unklar. Wie wird es nach Fidel Castro in Kuba weitergehen?

Fidel wird zurückkommen, aber das ist nicht mehr die wichtigste Frage. Die Frage ist die Kontinuität der Re-

jetzt ein bisschen enttäuscht. Manche überdenken sogar die Strategie gegenüber Kuba. Es ist für uns nicht so wichtig, ob Fidel zwei, drei oder fünf Jahre länger mit uns sein wird, wir wollen das Fidel immer mit uns wäre, weil er von der kubanischen Bevölkerung sehr geliebt wird und großen Respekt genießt.

Herr Botschafter, vielen Dank für das Gespräch.

■ BURKHARD

Rotdorn Radio Aktiv

Sendung vom 19. 6. 2006: Ein weiteres Interview mit dem Botschafter zu finden unter: www.rotdorn.org

Anzeige

DEN HAMMER
60x60 Abos für die junge Welt
SCHMIEDEN ...

Die Zeitschrift **Junge Welt**
Kanonenfr...

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname rot_dorn

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das

Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
 Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).

Dafür wähle ich eine der folgenden Prämien

»Diesem Vaterland nicht meine Knochen« – Eberhard Esche spricht Gedichte und Balladen von Peter Hacks (Hörbuch)

Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Rosa Luxemburg, Schriften und Reden. CD-ROM

ich verzichte auf eine Prämie

Ich bezahle mein Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt)

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vorn angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen künde.

Datum/Unterschrift

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.

Venezuela und der amerikanische Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Die Entwicklung in Lateinamerika verändert das Gesicht der Erde. Das mächtigste Imperium der Erde ist heruntergekommen, geschwächt und innerlich gespalten. Bei den Wahlen vom November haben die Neokonservativen um Präsident Bush für ihre Politik eine Abfuhr erhalten. Die Situation im Irak erinnert an das Vietnam der 70er Jahre, ein militärischer Sumpf, aus dem die USA bald heraus wollen. Dies ist leichter gesagt als getan.

Dagegen wurde in Venezuela Hugo Chávez mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt. Der Sieg von Chávez unterstreicht, dass man mit offensiver sozialistischer Programmatik breite Unterstützung gewinnen und sich dem Imperialismus widersetzen kann. Chávez hat – ebenso wie der von Washington unterstützte Oppositionsführer Rosales – diesen Sieg als Sieg des Sozialismus bezeichnet.

Die internationalen Medien beklagten die tiefe Zerrissenheit des Landes und forderten eine Verlangsamung im revolutionären Prozess. Man kann nicht gleichzeitig Präsident und Revolutionär sein, mahnte die Berliner TaZ. »Sei nicht so extremistisch! Genug mit der feurigen revolutionären Rhetorik, Hugo, sei jetzt endlich vernünftig und benimm dich wie ein normaler Politiker«, so der Rat an den Präsidenten. Anscheinend ist für die TaZ ein »normaler« Politiker jemand, der vor der Wahl eine Politik im Interesse der Armen verspricht und hinterher still und leise davon abrückt. Dies wird dann stets damit begründet, dass der Sozialismus wider der menschlichen Natur sei und daher nicht funktionieren könne und immer zu einem totalitären Staat führe.

Für die Armen in Lateinamerika sind Castro und Chávez Retter. Bei den Wahlen in Bolivien, Ecuador und Nicaragua wurden Präsidenten gewählt, die unheimliche Ähnlichkeiten mit Chávez aufweisen – nämlich Morales, Correa und der zum Katholiken gewandelte Sandinist Carlos Ortega. Der »Hinterhof der USA« rückt nach links, und ei-

nige dieser Persönlichkeiten spiegeln das revolutionäre Erwachen wider.

In Mexiko hat die Oligarchie die Präsidentschaftswahlen gefälscht; der eigentliche und verhinderte Gewinner López Obrador wollte den Armen helfen und die Vorherrschaft der Reichen brechen. Daher der organisierte Wahlbetrug, wobei europäische Wahlbeobachter die Wahl der rechten Konservativen Calderón als »frei und fair« bezeichneten – trotz zahlreicher Dokumente in Wort und Bild, die den landesweiten Wahlbetrug nachweisen. Mexikos Medien wollten keine Unruhe und stellten sich auf die Seite ihres neugekrönten Häuptlings Calderón, der seinem Gegenspieler López Obrador sogar einen Kabinettsposten anbot. Dieser lehnte dankend ab. Was ist das für ein Politiker, der einen Ministersessel ausschlägt? Erinnert das nicht an Karl Liebknecht 1918?

Das Phänomen Chávez ist nichts anderes als die erste Phase des revolutionären Erwachens der Massen in Venezuela und ganz Amerika. Chávez verkörpert die Unzufriedenheit und Hoffnungen der Arbeiterklasse, der Bauern und Armen. Vor Chávez hatte Venezuela 80 Prozent Armut. Chávez

hat die natürlichen Reichtümer des Landes eingesetzt, um Lebensstandard und Kultur der Massen mit Gesundheits- und Bildungsmissionen anzuhäufen. Das Öl brachte Geld ins Land, ohne dass bisher die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse grundlegend angetastet worden wären. Es gibt derzeit einen Wirtschaftsaufschwung für Reich und Arm in Venezuela, und von vielen Investitionsprogrammen des Staates profitiert auch privates Kapital. Vergessen wir indes nicht, dass für die Reichen »Geld nicht alles« ist. Einst – vor Chávez – wussten die Reichen, dass sie reich waren. Reichtum ist nicht nur eine Frage des dicken Geldbeutels und Bankkontos, sondern der Macht, sich Menschen und Waren zu kaufen und untertänig zu machen. Reich sein bringt gesellschaftliches Prestige und Anerkennung, Unterordnung der Armen und ein Gefühl der Überlegenheit. »Reichsein« ist ein Lebensgefühl und Kult. Jetzt ist Venezuela für die Reichen zu einem Albtraum und Land des Schreckens geworden. Wenn die Putzfrau in einem Millionärshaushalt selbstbewusst wird und sich wehrt, wenn man sie zu Unrecht kritisiert, anbrüllt oder anfasst, wenn sie am Wahltag einen Chávez-Button trägt, dann ist Chávez plötzlich im Haus. ▶

Enttäuschung und Wut: Breite Unterstützung für López Obrador nach dem Wahlbetrug in Mexiko



ROTODORN

2007

JUNI

JANUAR

1	Neujahr *	Rotdorn Radio Aktiv
2	Di	
3	Mi	
4	Do	
5	Fr	
6	Sa	
7	So	
8	Mo	
9	Di	
10	Mi	
11	Do	
12	Fr	
13	Sa	
14	So	
15	Mo	
16	Di	
17	Mi	
18	Do	
19	Fr	
20	Sa	
21	So	
22	Mo	
23	Di	
24	Mi	
25	Do	
26	Fr	
27	Sa	
28	So	
29	Mo	

11. DEMO 2007
 Demonstration zu Ehren von Luxemburg/Liebknecht. Am 14. 1. um 10 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten.

FEBRUAR

1	Do	
2	Fr	
3	Sa	
4	So	
5	Mo	
6	Di	
7	Mi	
8	Do	
9	Fr	
10	Sa	
11	So	
12	Mo	
13	Di	
14	Mi	
15	Do	
16	Fr	
17	Sa	
18	So	
19	Mo	
20	Di	
21	Mi	
22	Do	
23	Fr	
24	Sa	
25	So	
26	Mo	

MÄRZ

1	Do	
2	Fr	
3	Sa	
4	So	
5	Mo	
6	Di	
7	Mi	
8	Do	
9	Fr	
10	Sa	
11	So	
12	Mo	
13	Di	
14	Mi	
15	Do	
16	Fr	
17	Sa	
18	So	
19	Mo	
20	Di	
21	Mi	
22	Do	
23	Fr	
24	Sa	
25	So	
26	Mo	
27	Di	
28	Mi	
29	Do	

APRIL

1	So	
2	Mo	
3	Di	
4	Mi	
5	Do	
6	Karfreitag	
7	Sa	
8	So	
9	Ostermontag	
10	Di	
11	Mi	
12	Do	
13	Fr	
14	Sa	
15	So	
16	Mo	
17	Di	
18	Mi	
19	Do	
20	Fr	
21	Sa	
22	So	
23	Mo	
24	Di	
25	Mi	
26	Do	
27	Fr	
28	Sa	
29	So	

JUNI

1	Fr	
2	Sa	
3	So	
4	Mo	
5	Di	

1. MAI 2007
 ... der Rotdorn ist auf dem Mariannenplatz vertreten.

1. Tag der Arbeit
 Vom 6. - 8. Juni 2007 findet der jährliche G8-Gipfel – das Treffen der mächtigsten Staats- und Regierungschefs – statt. Diesmal treffen sich die „Führer dieser Welt“ sozusagen vor unserer Haustür – in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste.
 Es wird ein Gegengipfel, Demos und ein Aktionscamp organisiert. Das gesamte Programm für die Aktionswoche vom 1. - 8. Juni 2007 findet ihr unter:
www.heiligendamm2007.de www.smash-g8.de
www.gipfelsoli.org www.g8-2007.de

G8-TREFFEN 2007
 Vom 6. - 8. Juni 2007 findet der jährliche G8-Gipfel – das Treffen der mächtigsten Staats- und Regierungschefs – statt. Diesmal treffen sich die „Führer dieser Welt“ sozusagen vor unserer Haustür – in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste.
 Es wird ein Gegengipfel, Demos und ein Aktionscamp organisiert. Das gesamte Programm für die Aktionswoche vom 1. - 8. Juni 2007 findet ihr unter:
www.heiligendamm2007.de www.smash-g8.de
www.gipfelsoli.org www.g8-2007.de

6	Mi	
7	Do	
8	Fr	
9	Sa	
10	So	
11	Mo	
12	Di	
13	Mi	
14	Do	
15	Fr	
16	Sa	
17	So	
18	Mo	
19	Di	
20	Mi	
21	Do	
22	Fr	
23	Sa	
24	So	
25	Mo	
26	Di	
27	Mi	

JEDEN 1., 3. UND 5. MONTAG IM MONAT
 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

U M Z U H K
 30 Di
 31 Mi
 AUF DER FREQUENZ DES OFFENEN KANALS BERLIN
 BERLIN: ANTENNE 97,2 MHz/KABEL 92,6 MHz
 A N D E R S O A U F W W W . 9 K B . D E
 EIN NACH DER BISHERIGEN SENDUNGEN FINDET IHR AUF:
WWW.ROTDORN.ORG

JULI

1 So		
2 Mo		
3 Di		
4 Mi		
5 Do		
6 Fr		
7 Sa		
8 So		
9 Mo		
10 Di		
11 Mi		
12 Do		
13 Fr		
14 Sa		
15 So		
16 Mo		
17 Di		
18 Mi		
19 Do		
20 Fr		
21 Sa		
22 So		
23 Mo		
24 Di		
25 Mi		
26 Do		
27 Fr		
28 Sa		
29 So		
30 Mo		
31 Di		

AUGUST

1 Mi		
2 Do		
3 Fr		
4 Sa		
5 So		
6 Mo		
7 Di		
8 Mi		
9 Do		
10 Fr		
11 Sa		
12 So		
13 Mo		
14 Di		
15 Mi		
16 Do		
17 Fr		
18 Sa		
19 So		
20 Mo		
21 Di		
22 Mi		
23 Do		
24 Fr		
25 Sa		
26 So		
27 Mo		
28 Di		
29 Mi		
30 Do		
31 Fr		

SEPTEMBER

1 Sa		
2 So		
3 Mo		
4 Di		
5 Mi		
6 Do		
7 Fr		
8 Sa		
9 So		
10 Mo		
11 Di		
12 Mi		
13 Do		
14 Fr		
15 Sa		
16 So		
17 Mo		
18 Di		
19 Mi		
20 Do		
21 Fr		
22 Sa		
23 So		
24 Mo		
25 Di		
26 Mi		
27 Do		
28 Fr		
29 Sa		
30 So		

OKTOBER

1 Mo		
2 Di		
3 Tag der Einheit		
4 Do		
5 Fr		
6 Sa		
7 So		
8 Mo		
9 Di		
10 Mi		
11 Do		
12 Fr		
13 Sa		
14 So		
15 Mo		
16 Di		
17 Mi		
18 Do		
19 Fr		
20 Sa		
21 So		
22 Mo		
23 Di		
24 Mi		
25 Do		
26 Fr		
27 Sa		
28 So		
29 Mo		
30 Di		
31 Mi		

NOVEMBER

1 Do		
2 Fr		
3 Sa		
4 So		
5 Mo		
6 Di		
7 Mi		
8 Do		
9 Fr		
10 Sa		
11 So		
12 Mo		
13 Di		
14 Mi		
15 Do		
16 Fr		
17 Sa		
18 So		
19 Mo		
20 Di		
21 Mi		
22 Do		
23 Fr		
24 Sa		
25 So		
26 Mo		
27 Di		
28 Mi		
29 Do		
30 Fr		

DEZEMBER

1 Sa		
2 So		
3 Mo		
4 Di		
5 Mi		
6 Do		
7 Fr		
8 Sa		
9 So		
10 Mo		
11 Di		
12 Mi		
13 Do		
14 Fr		
15 Sa		
16 So		
17 Mo		
18 Di		
19 Mi		
20 Do		
21 Fr		
22 Sa		
23 So		
24 Mo		
25 Weihnachten		
26 Weihnachten		
27 Do		
28 Fr		
29 Sa		
30 So		
31 Mo		

WWW.ROTDORN.ORG
 • news
 • termine
 • archiv
 • links
 • newsletter



Im Dezember 2006 kündigte Chávez die Gründung einer Vereinigten Sozialistischen Partei an. Diese Partei muss eine Massenpartei sein die sich auf die mobilisierten Kräfte stützt, die sich in den armen Gemeinden formiert haben um die Wahlen zu gewinnen. Die alten Fraktionen, die die »Bewegung für die fünfte Republik« bildeten, können beitreten wenn sie sich selbst auflösen. Die Führung muss von unten gewählt und jederzeit abwählbar sein. Die Einführung des Sozialismus ist die Tagesaufgabe.

Chávez nahm einige Male Bezug auf ein »Venezolanisches Modell« des Sozialismus und auf das Lernen vom Sozialismus der indianischen Gemeinden. Er wollte damit betonen, dass der Sozialismus für Venezuela nichts Fremdes ist, aber gleichzeitig unterstrich er seinen internationalen Charakter: »Der Sozialismus von dem wir träumen hängt nicht nur von nationalen Umständen ab, sondern auch sehr stark von internationalen Umständen. Aber hier haben wir begonnen, wir bewegen uns in Richtung Sozialismus, das ist der Weg der Erlösung für die Menschheit«.

Seit Chávez im Januar 2005 auf dem Sozialforum in Porto Alegre, angefangen hat vom Sozialismus zu reden, hatten die Reformisten und die moderaten Kräfte in der bolivarianischen Bewegung keine andere Möglichkeit als auch vom Sozialismus zu sprechen. Sie versuchten aber seinen antikapitalistischen Inhalt zu verwässern. Am Freitag machte Chávez auch klar, dass »wir nicht nur von sozialistischer Moral reden können, denn dann würden wir dem utopischen Sozialismus verfallen«, den er mit einer platonischen Liebe verglich. »Der utopische Sozialismus bot keine Lösungen für Probleme bis Karl Marx und Friedrich Engels auftraten, das kommunistische Manifest veröffentlichten sowie den wissenschaftlichen Sozialismus begründeten und damit erstmals Lösungen für Probleme anboten«.

Er sagte sehr klar, dass »die Transformation des ökonomischen Modells grundlegend für den Aufbau des echten Sozialismus ist«, und er fügte hinzu, dass sowohl die Wirtschaft als auch der Grund und Boden sozialisiert werden sollten.

In seiner Rede nach dem Wahlsieg sprach Chávez vom Krieg gegen die »bürokratische Konterrevolution«. Was heißt das? Die überwältigende Mehrheit der venezolanischen Wirtschaft ist in privater Hand – die Banken, Versicherungen, Lebensmittelkonzerne, also Machthebel für Erpressung und Sabotage. Bisher hat die Revolution nur das Privateigentum angerührt, das nicht genutzt wird oder brach liegt. Hinter dem Rücken der Massen haben manche Beamte heimliche Deals mit der Oligarchie gemacht. Eine neue bolivarianische Elite macht permanent Abstriche an der Revolution und predigt weiter Sozialpartnerschaft mit der Oligarchie und den Reichen. Diese Elite wird mit Geschenken, Wohnungen, Urlaubsreisen und Geld gekauft. Das ist die bürokratische Konterrevolution, die Chávez jetzt knacken will.

Gut besoldete bolivarianische Intellektuelle raten zur Vorsicht, damit man ja nicht die Oligarchie oder Washington provoziert. Sie haben einen guten Draht zur europäischen Sozialdemokratie, deren Einfluss durch unterschiedliche Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen zum Vorschein kommt. Diese bolivarianische Bürokratie will die Revolution anhalten und »stabilisieren«. Sie sieht die bolivarianische Bewegung als »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Wozu die Reichen provozieren, wenn man auch so was für die Armen tun kann? Sie behaupten, die Massen wären »noch nicht reif« und »gebildet« genug und könnten daher die Gesellschaft noch nicht in die Hand nehmen.

Unterdessen stellt der revolutionäre Geist in Betrieben und Wohnsiedlungen in ganz Venezuela das herrschende System in Frage. Können die Arbeiter und Volksversammlungen auch ohne Vermittler ihr Schicksal selbst bestimmen? Können Betriebe auch ohne Kapitalisten von der Belegschaft besetzt und geleitet werden? Ist der Sozialismus mit Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung möglich? Sollte das Privateigentum an Produktionsmitteln heilig sein oder enteignet werden? Kann dies alles an den Grenzen Venezuelas aufgehhalten werden? Was wäre wenn... wenn sich die Revolution über den ganzen Kontinent oder gar weltweit verbreitet?

Das ist der lebendige Inhalt der Debatten in Venezuela und ganz Lateinamerika.

Menschen Lateinamerikas (von oben nach unten)
Favela (Armenviertel) in Rio de Janeiro (Brasilien);
Tango auf den Straßen von Buenos Aires (Argentinien);
Torres del Gaine (Chile): Gaucho bei der Arbeit;
Tijuana (Mexiko): Trinkwasserverkauf an der Grenzkontrolle;
Demonstration für Chávez in Caracas (Venezuela)

■ HEIKO@KHOO.ORG

www.handsoffvenezuela.org

(K)alte Freunde

Die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran sind seit Jahrzehnten durch verschiedene geschichtliche Ereignisse vorbelastet. Entgegen den Berichten westlicher Medien, haben jedoch auch die USA wesentlich dazu beigetragen, dass die Beziehungen beider Länder heute so angespannt sind.

GESCHICHTLICHER HINTERGRUND

Die USA und der Iran sind (k)alte Freunde. Anfang 1944 waren rund 44 000 amerikanische Soldaten im Iran (damals noch Persien) stationiert, da eine militärische Versorgungsrouten in die Sowjetunion geöffnet wurde. US-Ölgesellschaften versuchten Öl-Konzessionen im Iran zu erhalten. 1951 wurde im Iran Mossadeg als neuer Premierminister ernannt, welcher das iranische Öl verstaatlichen wollte, jedoch 1953 in der »Operation Ajax« von der CIA entmachtet wurde. Als neuer Machthaber wurde Schah Reza Pahlavi, einer der brutalsten Herrscher der Nachkriegszeit und zugleich Amerikas treuester Verbündeter im Nahen Osten, eingesetzt. Anschließend war die CIA dem Schah dabei behilflich, eine Ein-Parteien-Herrschaft sowie eine brutale Geheimdienstorganisation, die SAVAK, mit aufzubauen. Die CIA brachte der SAVAK unter anderem Verhör- und Foltermethoden der Nazis bei. Der Iran galt für die USA jahrzehntelang als Bollwerk gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Mit der iranischen Revolution im Jahre 1979 änderte sich diese Beziehung jedoch schlagartig.

Der Iran wurde im Zuge der Revolution von Ayatollah Chomeini zur ersten islamischen Republik im Nahen Osten ausgerufen und der Islam, schiitischer Prägung wurde als Staatsreligion verankert. Im Laufe der Revolution von 1979 bis 1981 wurden in der US-Botschaft in der iranischen Hauptstadt Te-

heran 444 Tage lang 52 Amerikaner als Geiseln genommen. Für die damalige US-Führung ein eindeutiges Zeichen für Ayatollah Chomeini's antiamerikanische Haltung. Seit diesem Zeitpunkt gibt es bis heute keine direkte Diplomatie zwischen beiden Ländern. In den folgenden Jahren wurden von den USA weitgehende Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran verhängt, welche bis heute gültig sind. Nach den Terror-Attentaten vom 11. September 2001 beschloss George W. Bush eine Neuorientierung seiner Nahostpolitik. In der »state of the union« Rede vom 29. Januar 2002, rechnete der US-Präsident Iran, zusammen mit Irak und Nordkorea, zur »Achse des Bösen«. Nach dem Irak-Krieg im Jahre 2003 verliert der Iran seinen größten Konkurrenten im Nahen Osten und wird damit zur stärksten regionalen Macht. Bei den Parlamentswahlen im Iran am 17. Juni 2005 gewann für westliche Beobachter völlig überraschend der antisemitische, rechtspopulistische Hardliner Mahmud Ahmadinejad die Wahl und wurde am 6. August 2005 zum neuen iranischen Präsidenten vereidigt. Er forderte eine Abwendung von diplomatischen Eingeständnissen in internationalen Verhandlungen. Ab diesem Zeitpunkt gewinnt auch der Atomstreit an Bedeutung, welcher die Beziehungen beider Länder zusätzlich belastet.

AKTUELLE SITUATION

Ahmadinejad, welcher nach Ansicht der USA nach der Atomwaffe strebt und somit dem sicherheitspolitischen Interesse der USA im Nahen Osten zuwider läuft, beruft sich auf den Atomwaffensperrvertrag. Gemäß Artikel 4, Absatz 2 und 3 des Vertrages steht jedem Unterzeichner das unveräußerliche Recht zu, Kernenergie zur Erforschung, Erzeugung und Verwendung für friedliche Zwecke zu nutzen. Der Iran ist dem Vertrag 1970 beigetreten. Indien, Pa-



Ahmadinejad spricht vor der von ihm einberufenen Konferenz »The World without Zionism« – einer Plattform für Antisemiten und Holocaust-Leugner.

kistan und Israel – Länder in unmittelbarer Nähe des Irans, welche alle über Atomwaffen verfügen, haben den Vertrag nie unterzeichnet. Des Weiteren ist der Iran von amerikanischen Truppen eingekreist, welche in Afghanistan, Saudi Arabien, Pakistan und nun auch im Nachbarland Irak stationiert sind. Die in den USA offen diskutierte Option des »Regime Change« im Iran und der gezielten militärischen Schläge auf iranische Atomanlagen, begünstigen eine iranische Einstellung, lieber mit der Atombombe wie Nordkorea isoliert zu sein, als ohne Atombombe, wie der Irak, angegriffen zu werden. Sollte Ahmadinejad also tatsächlich nach der Atombombe streben, so ist dies vielleicht moralisch verwerflich, im iranischen Sicherheitsinteresse betrachtet, jedoch nachvollziehbar.

Die USA haben fundamentalistische Strukturen im Iran Jahrzehntlang gefördert und mit aufgebaut. In diesem Sinne, ist das ständige Argument der US-Führung, im Iran herrsche ein Mangel an demokratischen Strukturen schlichtweg heuchlerisch. Ganz im Gegenteil haben die USA mithilfe der CIA diverse diktatorische Regime weltweit unterstützt und auch durch Putsche erst geschaffen. Unbequem wird es für die USA immer erst dann, wenn diese Regime nicht mehr im Interesse der US-Führung handeln.





POLEN: WACHSENDER PROTEST GEGEN NATIONAL-KONSERVATIVE REGIERUNG

Die Zivilgesellschaft wacht auf

Im November vergangenen Jahres verlor die konservativ-nationalistische Regierungspartei »PiS – Recht und Gerechtigkeit« bei den Kommunalwahlen nicht nur das Oberbürgermeisteramt in Warschau, sondern sie konnte keinen Bürgermeisterposten in einer Stadt mit über tausend Einwohnern gewinnen. Die rechtsextreme »Liga der Polnischen Familien – LPR«, die an der Koalitionsregierung beteiligt ist, erreichte in Warschau gerade einmal drei Prozent. Die Wähler auf dem Lande, die bisher für die radikale Bauernpartei, die schon in vielen Regierungsbündnissen vertreten war, ihre Stimme abgaben, wählten diesmal gleich das nationalistische Original und stimmten für die Regierungspartei PiS.

Bei den Parlamentswahlen im September 2005 – die von 59,5 Prozent der Wahlberechtigten »boykottiert« worden war – erreichte die extrem nationalistische Law-and-Order-Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) 27 Prozent und wurde stärkste Fraktion im polnischen Parlament Sejm. Die rechtspopulistische Bauernpartei »Samobrona« (11,4%) und die nationalistisch-klerikale Partei »Liga der Polnischen Familien« (8%) konnten ihr Ergebnis von 2001 leicht verbessern. Die Koalitionsregierung aus diesen Parteien verfügt nur über eine knappe Parlamentsmehrheit. Die Opposition besteht neben kleinen Parteien nur aus der ehemaligen Re-

gierungspartei »Demokratische Linksallianz«, die fast drei Viertel ihrer Sitze verlor und nur noch rund elf Prozent erreichte und der radikal neoliberalen »Bürgerplattform« (PO) mit 24 Prozent. Wenige Wochen später bei den Präsidentschaftswahlen Ende Oktober 2005 gewann der Zwillingbruder des Ministerpräsidenten Lech Kaczyński von der PiS mit 55 Prozent die Präsidentschaft. Der Rechtsruck in Polen war vollzogen. Die »national-konservative Wende« in der polnischen Gesellschaft hat ihre Spuren hinterlassen. Ob die Einführung eines Patriotismus-Unterrichts an den Schulen und Hochschulen, ob der öffentlich geförderte Russland-Hass oder die Treueschwüre gegenüber der neokonservativen Bush-Administration, ob die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe, ob die nationalistischen und anti-europäischen Töne der Rechtsparteien oder die schwulenfeindlichen Äußerungen aus der Regierungsmannschaft, all diese Tendenzen dienen der rechtspopulistischen Politik bei ihrem geplanten »Umbau« des Staates hin zu autoritären Strukturen.

Aber – Gott sei Dank möchte man angesichts der polnischen Religiosität sagen – gibt es auch eine breite Front intelligenter Bürgerinnen und Bürger, die diesem gefährlichen Propaganda-Kreuzzug von Regierung und von entsprechenden Medien wie »Radio Maria« offen widersprechen.

Warschauer Studenten beispielsweise, die sich stolz »Lumpenstudenten« nennen, gehören zu dieser landesweit wachsenden Opposition. Den Namen »Lumpenstudenten« haben die jungen Protestierenden aus einem Interview abgeleitet, in dem der Ministerpräsident Jarosław Kaczyński oppositionelle Akademiker eine »Lumpenintelligenz« nannte.

Unter diesem Namen riefen Warschauer Studenten zur Demonstration auf, als der Vorsitzende der katholisch-nationalistischen »Liga der Polnischen Familien« zum Bildungsminister ernannt wurde und als seine erste Amtshandlung Patriotismus-Unterricht einführen wollte. Durch die Demonstration verbreitete sich der Name »Lumpenstudenten« in ganz Polen.

Ebenso protestieren die »Lumpenstudenten« und zahlreiche namenhafte Professoren gegen die Uminterpretation der polnischen und europäischen Geschichte in den neuen Lehrbüchern. Wie eine solche Revision der Geschichtsbücher aussehen wird, zeigt eine Äußerung des rechtsextremen Bildungsministers von der »Liga der Polnischen Familien«, der Jacek Kuron, einen der bekanntesten Oppositionellen während der Zeit des Kommunismus als »Verräter« bezeichnete, nur weil er damals das Gespräch mit Reformkommunisten suchte.

»Wir wollen ein offenes, liberales Polen«, erklären die Studenten im



Seite 10 Katowice am 15. 5. 2006: Studenten und Jugendliche protestieren gegen die neue Regierung
 Oben »Marsch für Gleichberechtigung« in Poznan
 Unten links Rechtsextreme Reaktion auf den »Marsch der Gleichberechtigung«
 Unten rechts Ministerpräsident Lech Kaczynski und Präsident Jaroslaw Kaczynski

Deutschlandfunk, »das jedoch hat die jetzige Regierung fast ganz zerstört. Darum unser Protest!«

Was aber wollen die mächtigen Zwillingbrüder Kaczynski mit ihrer »national-konservativen Wende« eigentlich? Wie stellen sich Präsident und Ministerpräsident ihr künftiges Polen vor?

Die Vision von einer sogenannten »Vierten Republik« ist eine Vorstellung von »ausgleichender Gerechtigkeit«, die jedoch eher Charakterzüge von Rache und Guillotine trägt, als vom Aufbau eines wirklich gerechten Systems. Die Zeit des Kommunismus und, wie die Nationalisten sagen, die Übergangsphase seit 1990 sollen juristisch und moralisch so »aufgearbeitet« werden, dass sämtliche großen und kleinen Vertreter dieser Systeme ins gesellschaftliche Abseits gestellt und durch Berufsverbote, medialen Rufmord und Strafverfolgung mundtot gemacht werden. Und dem »lupenreinen« Oppositionellen von heute hängt man einfach die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst an.

Auch die Strukturen des Staates wollen die Gebrüder Kaczynski verändern. Erste Schritte in Richtung auf eine autoritäre Staatsform hin ist die rechtspopulistische Regierung schon gegangen.

Sie erließ grundlegende Gesetze, die die Exekutive, die Regierungsmacht und besonders die Macht des Ministerpräsidenten gegenüber dem Parlament stärkt. »Alle Fäden des politischen und gesellschaftlichen Lebens liegen jetzt in der Hand des Regierungschefs«, so der polnische Politologe Spiewak. Er glaubt in dem politischen Modell der »Vierten Republik« viel eher die Züge einer Monarchie zu erkennen, als die einer modernen europäischen Gesellschaft.

Rechte katholische politische Bewegungen in der Vergangenheit wollten stets mehr einen »Ständestaat« als eine parlamentarische Demokratie. Das portugiesische System unter dem Diktator Salazar war ihr Vorbild. Es ist wohl kein Zufall, dass in den Amtsstuben der Nationalkonservativen von PiS und LPR das Bild des polnischen Diktators der zwanziger und dreißiger Jahre Pilsudski neben dem des polnischen Papstes hängt.

■ KLAUS KÖRNER



Abseits der Simon-Dach-Straße, dem »place-to-be« für schwäbische Neuberliner und Busladungen voller Touris, hat der Friedrichshain eine Menge zu bieten. Paule empfiehlt dem geeigneten Leser das SUPAMOLLI.

Das Supamolli ist ein ehemaliges besetztes Haus. Heute vereint es einen Kulturverein, eine Genossenschaft, eine Möbeltischlerei, ein Theater, eine Bar und ... und einen Konzertsaal.

Wenn dort der Offbeat der Ska-bands ertönt ist auch unser Paule anbei. Ein wenig erinnert ihn der Konzertsaal an den alten »Eimer« in der Rosenthaler Straße. Der Saal vor der Bühne gibt etwa 100 bis 150 Leuten Platz. Über eine Wendeltreppe ist der Tresen zu erreichen. Hier wird das Bier in Bestellung gegeben – Einsfünfzich ist fair, es wird nicht bei einem Bier bleiben... Hier im 1. Stock kann Paule auf die Band und die tanzende Menge hinab blicken – Alles ist in Bewegung. Und auch als später des Abends die Bands nach diversen Zugaben Feierabend machen wollen, gehen die Leute nicht nach Hause... Der DJ hat hier eindeutig alles im Griff.

Nach einer durchzechten, durchtanzten und einfach tollen Partynacht trägt die S-Bahn Paule wieder in die Heimat.



»WE FEED THE WORLD –
ESSEN GLOBAL«

Tag für Tag wird in Wien genau so viel Brot vernichtet wie Graz verbraucht. Jeder Europäer isst jährlich zehn Kilogramm künstlich bewässertes Treibhausgemüse aus Südsanien, wo deswegen die Wasserreserven knapp werden. Mit »We feed the world« hat sich Erwin Wagenhofer auf die Spur unserer Lebensmittel gemacht. Sie hat ihn nach Frankreich, Spanien, Rumänien, Brasilien und zurück nach Österreich geführt. Roter Faden ist ein Interview mit Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.



»Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.« Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung

We feed the world – Essen Global ist ein Film über Ernährung und Globalisierung, Fischer und Bauern, Fernfahrer und Konzernlenker, Warenströme und Geldflüsse – ein Film über den Mangel im Überfluss. Er gibt in eindrucksvollen Bildern Einblick in die Produktion unserer Lebensmittel sowie erste Antworten auf die Frage, was der Hunger auf der Welt mit uns zu tun hat.

www.essen-global.de

Ralfs Ökotipp

Was ist denn nun mit der Erderwärmung? Statt zu handeln, werden weiter Straßen gebaut, Warenhäuser beheizt, Flugreisen gekauft, Autos gefahren ... und dieses ganze moderne Elend wird kaum hinterfragt! Dem Luxustum zu widerstehen, ist für mich nicht nur wie Sport, wie Wettbewerb, sondern auch der Kampf meines Lebens. Wer es etwas gemäßigter will, kann wenigstens Ökostrom kaufen. »Greenpeace Energy« ist ein seriöser Anbieter. Für unsere Firmen, Schlösser, Villen oder für unsere Wohnungen. Also, was ist denn nun mit der Erderwärmung?

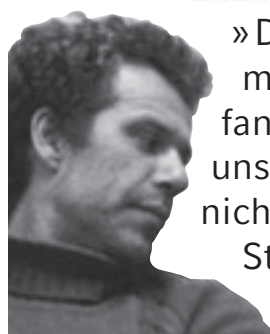
Freilandlabor Brandenburg?

In Brandenburg wurden im Jahr 2006 auf einer Fläche von rund 430 Hektar genmanipulierte Maispflanzen angebaut. Das ist im Vergleich zu der Anbaufläche von konventionell angebautem Mais in Gesamtdeutschland ein sehr geringer Teil. Bedenkt mensch jedoch, dass in ganz Deutschland rund 900 Hektar Anbaufläche für Gen-Mais verwendet werden, dann hat Brandenburg eindeutig den Löwenanteil daran. Gegenstimmen und Proteste werden laut und organisieren sich in Initiativen und Vereinen. Christof Potthof arbeitet für das gen-ethische Netzwerk und ist gleichzeitig Sprecher für das Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg. Mit ihm zusammen haben wir versucht, Licht ins Dunkel des Gen-Anbaus zu bringen.

Was soll der Anbau von genetisch veränderten Pflanzen gegenüber dem industriellen Anbau überhaupt für Vorteile bringen?

Es geht zum einen darum, Pflanzen zu züchten, die trotz ihres fortgeschrittenen Wachstumsstadiums resistent gegenüber Unkrautvernichtungsmitteln sind. Da sich Nutzpflanze und Unkraut in ihrer Beschaffenheit oft ähneln, ist es bisher nur möglich, sogenannte Breitband-Herbizide bei Keimlingen einzusetzen. Das verringert natürlich den Ernteertrag. Mit Hilfe der Gentechnik soll erreicht werden, dass die Licht- und Luftkonkurrenz der Nutzpflanze – also das Unkraut – auch dann noch ausgeschaltet werden kann, wenn die Nutzpflanze bereits genug Ertrag abwirft. Diese Praxis wird vor allem in Südamerika angewandt. Innerhalb Deutschlands ist hauptsächlich die Züchtung von Bt-Pflanzen üblich.

Was genau bedeutet Bt-Pflanzen? Welche Vorteile



»Deutschland befindet sich momentan noch in einer Anfangsphase. Deshalb ist es für uns wichtig zu zeigen, dass wir nicht bereit sind, einen solchen Strukturwandel in der Landwirtschaft zu akzeptieren.«



Mehr als 13 000 von Bürgern gespendete Luftballons, bildeten im November 2006 im Regierungsviertel den 60 Meter breiten Schriftzug »Genfood - Nein Danke«. Die danach aufsteigenden Ballons symbolisierten den Pollen von Gentechnik-Pflanzen, der – einmal in die Umwelt entlassen – nicht mehr rückholbar ist.

bringen sie für den Landwirt?

Der Name leitet sich aus dem Bakterium ab, dessen Gen in die Pflanzen eingeschleust wird. Die Pflanzen sollen dadurch befähigt werden, selbstständig ein Insektengift zu produzieren. Die toxischen Stoffe, die die Pflanze dank des Bakterien-Gens produziert, soll Fraßschädlinge vernichten.

Da in Deutschland bisher nur

gen-manipulierter Mais kommerziell angebaut werden darf, richtet sich die kommerzielle gen-technische Veränderung der Maispflanze gegen Fraßschädlinge wie den Maiszünsler. Ein altbekannter Schädling, der genauso gut mit konventionellen und biologischen Mitteln bekämpft werden kann und bekämpft wird. Es kommt lediglich auf die entsprechende Behandlung des Feldes, z. B. das Unterpflügen der Maisstoppeln, in denen sich die Maiszünslerlarven aufhalten, an. Wird dies beispielsweise nicht getan und der neue Mais neben dem alten ausgesät, entstehen so regelrechte Zuchtstationen für diesen Fraßschädling. Der Einsatz von gen-manipulierten Pflanzen schafft dementsprechend Abhilfe für ein hausgemachtes Problem.



Am 3. März 2006 demonstrierten in Eberswalde im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages LandwirtInnen und VerbraucherInnen gegen den Gentechnikkonzern Monsanto. Mit Hilfe des dort ansässigen Landhandelsunternehmens Märka versucht Monsanto den Anbau von Genmais in Deutschland durchzusetzen.

Welche Auswirkungen hat der gen-manipulierte Mais auf seine Umwelt?

Das ist schwer zu sagen. Es liegt in der Natur der Sache, dass es nicht möglich ist, eine neutrale Ausgangslage für allgemeingültige Untersuchungsergebnisse zu schaffen. Deshalb sind nur selektive Untersuchungen möglich. Zum Beispiel lässt sich die Wirkung des Toxins auf Schmetterlinge direkt nachweisen. Bedrohte Arten wie das Tagpfauenauge werden durch die Aufnahme von Pollen des Gen-Maises vergiftet. Doch nicht nur Schmetterlinge, sondern auch wichtige Nützlinge wie z. B. Trauermückenlarven sind von der toxischen bzw. wachstumshemmenden Wirkung der Gen-Maispollen betroffen.

Darüber hinaus lässt sich eine unkontrollierte Verbreitung der Pflanzen, sind sie erst einmal angebaut, kaum vermeiden. So kommt es zu Kontaminationen von konventioneller und ökologischer Ware.

Haben genetisch veränderte Pflanzen überhaupt einen ökonomischen Nutzen für die Landwirte?

Mais wird in Deutschland vor allem als Futterpflanze angebaut. Landwirte, die gen-manipulierten Mais verwenden, behaupten, es würde sich lohnen. Interessant ist jedoch, dass in Amerika,

wo bereits seit mehr als zehn Jahren genetisch veränderter Mais angebaut wird, ein Rückgang des ökonomischen Gewinns zu verzeichnen ist.

Von einer anderen Seite betrachtet, stellt der Anbau von Gen-Mais ja vor allem ein Problem für Bio-Landwirte und Bio-ImkerInnen dar. Ergeben sich abgesehen von der Verunreinigung durch Pollenflug weitere Probleme?

Sobald eine Region beginnt, sich als Anbaufläche für Gen-Mais zu etablieren, so wie es sich im Landkreis Märkisch-Oderland abzeichnet, haben sowohl konventionelle als auch Bio-Landwirte vor allem ihren Ruf zu verlieren. Es ist ziemlich schwer, Bio-Produkte aus einem Anbaugesamt für Gen-Mais zu vermarkten.

Diese Problematik spielt sich hauptsächlich auf der Ebene des Zwischenhandels ab und betrifft genauso auch konventionelle Landwirte. Wenn bei großen Supermarkt-Ketten die Entscheidung getroffen wird, woher die Lebensmittel stammen, die sie verkaufen wollen, haben Anbieter aus Gentechnik-Anbaugesamten einfach schlechte Karten. Für diejenigen, die sich direkt mit dem Endverbraucher auseinandersetzen, wie z. B. Bio-ImkerInnen, wird es natürlich noch schwerer, ihre Ware zu verkaufen.

Warum ist es so wichtig, die Öffentlichkeit auf den Anbau von Gen-Mais aufmerksam zu machen?

Deutschland befindet sich momentan noch in einer Anfangsphase. Deshalb ist es für uns wichtig zu zeigen, dass wir nicht bereit sind, einen solchen Strukturwandel in der Landwirtschaft zu akzeptieren. Darüber hinaus geht es nicht nur darum, den Anbau von genetisch veränderten Futterpflanzen in Deutschland zu verhindern, sondern auch der Import von gen-manipulierten Soja-Pflanzen soll gestoppt werden. Es reicht nicht aus, in Deutschland eine weiße Weste zu tragen und in anderen Ländern oder auf anderen Kontinenten wird der Anbau weiter ungehindert betrieben.

Das Auge der Öffentlichkeit muss deshalb auf den Anbau von genetisch veränderten Pflanzen gelenkt werden, da vieles im Geheimen passiert. Wir bringen Landwirte in die Situation, gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, da wir es für ihre Pflicht halten, ihren Umgang mit Nahrungsmitteln transparent zu gestalten. Auf regionaler Ebene versuchen wir deshalb, GVO-Bauern (Bauern, die genetisch veränderte Organismen anbauen) bei ihren VerpächterInnen und

NachbarInnen öffentlichkeitswirksam zu verpetzen, um so die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken.

Natürlich verstehen wir uns gleichzeitig als Sprecher von VerbraucherInnen, die keine gen-manipulierten Nahrungsmittel haben wollen.

Woher wisst ihr, welche Felder mit Gen-Mais bepflanzt werden (sollen)?

Es gibt ein öffentlich zugängliches Register, in dem GVO-Felder verzeichnet sind. Die Bundesregierung arbeitet im übrigen daran, diesen Zugang einzuschränken. Bislang können wir jedenfalls dieses datenbasierte Internetportal nutzen, um vor Ort mit Aktionen und Veranstaltungen präsent zu sein. Dabei arbeiten wir nicht selten mit Kirchen zusammen, da die meisten ländlichen Kirchengemeinden als Großlandbesitzer in ihren Pachtverträgen die GVO-Nutzung von Feldern ausschließen. Erst wenn die Öffentlichkeit überhaupt über den Anbau von Gen-Mais informiert ist, kann sich Widerstand dagegen regen.

■ ANG

➤ Weiterführende Links

gentechnikfreies-brandenburg.de
gen-ethisches-netzwerk.de
dosto.de/gengruppe

Der neue Bahnpalast in Berlin

Am Abend des 26. Mai 2006 wurde der neue Hauptbahnhof am Lehrter Bahnhof eingeweiht. Es ist der modernste Bahnhof Europas. Er gleicht tatsächlich einem Palast aus Glas, einem Bahn-Palast. Es wurden ja auch 500 000 Kubikmeter Beton, 85 000 Tonnen Stahl, für 700 Millionen Euro verbaut, und dafür die Spree auch noch umgeleitet.

Mit diesem Bau demonstriert der Kapitalismus, was er kann. Auf der anderen Seite reißt er einen Palast der Republik ab und läßt die Menschen beinahe verhungern.

Nach Rechnung der Bahn sollen 300 000 Fahrgäste und Besucher pro Tag den Bahnhof nutzen. Diese Bahnkunden müssen weiterfahren, weil der Bahnhof noch kein Umfeld hat.

Darum ist es für die Kunden noch teurer, weil sie jetzt auch noch die S-Bahn bezahlen müssen, wenn sie außerhalb des S-Bahnringes fahren wollen.

Es heißt zwar, daß 900 Arbeitsplätze im neuen Bahnhof geschaffen werden, aber diese Arbeitsplätze sind größtenteils von anderen Bahnhöfen, z. B. Bahnhof Zoo, dorthin verlegt worden. Am Bahnhof Zoo halten keine ICE-Züge mehr. Außerdem wird es einem Hartz IV-Empfänger nicht möglich sein, in den 80 neuen, überpreuerten Geschäften auf den 15 000 Quadratmeter Einkaufsfläche einzukaufen, oder mit der Bahn zu verreisen.

Ich wünsche dem Palast der Bahn, daß er länger hält als der Palast der Republik.

■ STEFAN LIPPIANOWSKI

G8-Treffen 2007

Vom 6. - 8. Juni 2007 findet der jährliche G8-Gipfel – das Treffen der mächtigsten Staats- und Regierungschefs – statt. Diesmal treffen sich die »Führer dieser Welt« sozusagen vor unserer Haustür – in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste.

Es wird ein Gegengipfel, Demos und ein Aktionscamp organisiert. Das gesamte Programm für die Aktionswoche vom 1. - 8. Juni 2007 findet ihr unter:

👉 www.heiligendamm2007.de

👉 www.smash-g8.de 👉 www.g8-2007.de



Demonstration gegen den G8-Gipfel in Evian am 1. Juni 2003

Anzeige



Roter Laden in Tegel

Wir haben auch einen Plan

für eine **soziale**, *demokratische*,
... .. *kritische*, **linke**, *selbstbestimmte*,
... .. *aktive*, aber vor allem **JUNGE Politik**

Du willst **mitmachen**? **Die Linke.Jugend Reinickendorf** trifft sich jeden Mittwoch um 17 Uhr im Roten Laden.

Die Linke.PDS Reinickendorf * Schloßstraße 22 * 13507 Berlin * (U6 Alt Tegel) * Tel.: 43 73 26 30 * Fax: 43 73 26 32 *
mail: reinickendorf@linke.pds-berlin.de * www.linksparterie.pds-reinickendorf.de * geöffnet: Mo – Fr 15-18 Uhr

Impressum

Rotdorn

erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 9 000 Exemplaren
17. Jahrgang Nr. 46 01/07

V.i.S.d.P.

Die Rotdornredaktion

Herausgeber

[solid] Brandenburg / Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.org

Kontakt

Rotdorn
Postfach 87 01 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: solid e. V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluss Ausgabe 47:
1. April 2007

Ich will mitmachen!

Wir brauchen immer kluge Köpfe und helfende Hände! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu einem unserer nächsten Redaktionstreffen ein.

Ich brauch ein Abo!

Das Abo kostet 3 Euro pro Jahr (Bankverbindung siehe Impressum). Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum verteilen. Anzahl:

Name

Straße

PLZ

Ort

eMail

Tel.

Den Rotdorn 46 fand ich

Themenauswahl

(Note 1-6)

Aufmachung:

(Note 1-6)

Bester Artikel

Warum? Weil

Deine Kritik

Ich habe den Rotdorn

Ort, Anlaß, Begebenheit

erhalten.

Ich lese den Rotdorn zum

Mal

Ich bin

Jahre alt

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An

Rotdorn

Postfach 870 106

13161 Berlin

die rot-dorn-redaktion

wer wir sind und was wir wollen

★ Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

★ Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation [solid] Berlin und Brandenburg.

★ Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

★ Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Fra-

ge stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegendes Bei-

trag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

★ Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

★ Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.



Am 15. Januar 1919 wurde die Revolutionärin und sozialistische Theoretikerin Rosa Luxemburg von rechtsradikalen Freikorps ermordet.

★ Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die »tute bianche« in Italien bis zu »attac« und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

★ Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

★ Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

★ Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion »Die Linke«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

★ Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

★ Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

[solid] 
die sozialistische jugend

...steht für »sozialistisch, links, demokratisch«.

[solid] - die sozialistische jugend ist ein offener, unabhängiger und der Linkspartei nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen. In einer Reihe von Bundesländern ist [solid] inzwischen anerkannter Jugendverband der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).

[solid] tritt als noch recht junger sozialistischer Jugendverband (gegründet 1999 in Hannover) bundesweit auf. Der Verband organisierte Kampagnen, die eine breite Öffentlichkeit finden, ist fest in den außerparlamentarischen Bewegungen und auch den Parlamenten verankert. So wurden 50 000 Musik-CDs unter dem Label »Aufmucken gegen Rechts« an Schulen verteilt, zu den Bundestagswahlen 2005 brachte [solid] sich mit einer eigenständigen Kampagne (»Arbeite, konsumiere, gehorche – oder such' nach anderen Wegen«) ein.

In Deutschland sind wir aktiv im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), im antifaschistischen Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) und anderen linken außerparlamentarischen Zusammenschlüssen.

Darüber hinaus ist der sozialistische Verband Mitglied des European Network of Democratic Young Left (ENDYL), nimmt regelmäßig an den Europäischen Sozialforen teil und unterhält zu einer Reihe von Mitgliedsverbänden des Weltbündnis Demokratischer Jugend (WBDJ) gute Beziehungen.

Unser Engagement orientiert sich an dem Anspruch, dass Politik viel stärker im öffentlichen Raum stattfinden muss. Politische Bildung, der Eintritt in eine kulturelle Offensive von links und die bewusste politische Aktion sind Mittelpunkt unserer Aktivität.

[solid] ist in Brandenburg und Berlin ein Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.



**ALLE ZWEI WOCHEN ERWARTET
EUCH DAS VOLLE PROGRAMM:**

**MIT WECHSELNDEN THEMENSCHWERPUNKTEN
MACHEN WIR POLITISCHES JUGENDRADIO,
MIT STUDIOGÄSTEN, LIVEMITSCHNITTEN
UND MUSIK VON REGGAE/SKA
ÜBER HIP-HOP BIS PUNK.**

EINSCHALTEN!

**AN JEDEM 1., 3. UND 5. MONTAG
IM MONAT UM 20 UHR
AUF DER FREQUENZ DES OKB**

IN BERLIN:

ANTENNE 97,2 ODER KABEL 92,6

ANDERSWO:

WWW.OKB.DE



EIN ARCHIV DER BISHERIGEN RADIOSENDUNGEN FINDET IHR UNTER: WWW.ROTDORN.ORG